



Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

45. Sitzung (öffentlich)

5. Dezember 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 09.55 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **3**

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Steuer-
satzes für die Grunderwerbsteuer** **3**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7147

In Verbindung mit:

Keine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer zulasten junger Familien

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7170

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Nach kurzer Aussprache lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN den Antrag der Fraktion der FDP ab.

Der Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

stellt **Vorsitzender Georg Fortmeier** das Einverständnis mit der Tagesordnung her.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7147

In Verbindung mit:

Keine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer zulasten junger Familien

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7170

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Georg Fortmeier schickt voraus, der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei vom Plenum in seiner Sitzung am 5. November 2014 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Kommunalpolitik an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und an den AWEIMH zur Mitberatung überwiesen worden.

In Verbindung damit sei der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/7170 durch Plenarbeschluss ebenfalls vom 5. November 2014 an oben genannte Ausschüsse überwiesen worden.

Der federführende Ausschuss habe zum Gesetzentwurf und zum Antrag am 2. November eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt. Die Obleute hätten sich für heute auf die abschließende Beratung und Abstimmung verständigt. Änderungsanträge lägen nicht vor.

Dietmar Brockes (FDP) führt aus, bei der am 2. Dezember stattgefundenen Anhörung habe sich der AWEIMH nachrichtlich beteiligt. Das Protokoll liege noch nicht vor. In der Anhörung hätten sich 21 von den 23 Sachverständigen gegen das Geset-

zesvorhaben von Rot-Grün ausgesprochen, und sie hätten auch eine Vielzahl von wichtigen und guten Argumenten genannt.

Für den Wirtschaftsausschuss sei aus seiner Sicht insbesondere ein Punkt wichtig, nämlich die Frage, welche Wirkung das Gesetz auf die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen habe. In der Anhörung sei vonseiten der Bauindustrie gesagt worden, dass man sich die jetzige Situation der Bauwirtschaft einmal vor Augen führen müsse, wonach bundesweit ein Wachstum in der Baubranche herrsche, in Nordrhein-Westfalen dagegen gebe es gegenüber den Vorjahren negative Vorzeichen. Ganz besonders sei dies im Wohnungsbau zu erkennen, während sich der Tiefbau noch positiv darstelle. Im Wohnungsbau gebe es bundesweit einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 3,2 %. Nur Nordrhein-Westfalen habe ein Minus von 4,6 %. Wenn nun die Grunderwerbsteuer nun oben draufkomme, werde sich die Situation für die Bauindustrie noch einmal deutlich verschlechtern. Deshalb, meine Damen und Herren, bitte er, den Gesetzentwurf abzulehnen und dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen.

Dietmar Schulz (PIRATEN) schließt sich, was die wirtschaftliche Entwicklung und die Aussagen der überwiegenden Zahl der Sachverständigen in der Anhörung an. Selbst die beiden Sachverständigen, die grundsätzlich die Grunderwerbsteuererhöhung befürworteten – etwa Herr Lehmann von der Deutschen Gewerkschaft –, seien nicht ohne Einschränkung dafür.

Insbesondere die Deutsche Steuergewerkschaft habe betont, dass Fehlentwicklungen im Bereich der Erhebung der Grunderwerbsteuer ganz dringend beseitigt werden müssten. Es gehe dabei aus Sicht der Steuergewerkschaft und auch aus Sicht der Piratenfraktion um notwendige steuergesetzliche Änderungen im Bereich der Grunderwerbsteuer aufseiten des Bundes, nämlich das Schließen von dort geschaffenen sogenannten Steuerschlupflöchern. Insbesondere sollte die Möglichkeit der Kreierung von Sharedeals und anderer Situationen überprüft werden, da so größere Unternehmen keine Grunderwerbsteuer in Nordrhein-Westfalen zahlten.

Seine Fraktion sehe hier ein Ungleichgewicht, und auch die Frage der Steuergerechtigkeit müsse hier insgesamt einmal auf den Tisch des Hauses gebracht werden. Nordrhein-Westfalen stünde es gut zu Gesicht, wenn entsprechende Bestrebungen im Bund gemäß dem Petitum, das der Finanzminister immer wieder gerne in den Raum stelle, verfolgt würden.

Die Piratenfraktion verschließe sich nicht grundsätzlich der mehr oder weniger einzigen Möglichkeit des Landes, aus eigener Kraft Steuermehreinnahmen zu generieren, gleichwohl müsse das zwingend an die Bedingung gekoppelt sein, dass entsprechende Steuerschlupflöcher gestopft würden. Das betreffe nicht nur die Grunderwerbsteuerregelungen in Deutschland, sondern betreffe insbesondere mögliche Umgehungstatbestände auf europäischer Ebene, beispielsweise über Luxemburg. In dem Zusammenhang erinnere er daran, dass in bisher bekanntem Umfang von 100 Millionen € Fondslösungen seitens der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe über Lu-

xemburg gesteuert würden, und zwar im Bereich des Immobilienhandels vermittelt PwC kreierter Geschäftsmodelle in Luxemburg.

Nach der Stoßrichtung der Landesregierung sollte flächendeckend dafür gesorgt werden, dass Steuerumgehungsmöglichkeiten, insbesondere aggressive Steuervermeidungsstrategien bekämpft würden. Dafür bedürfe es der entsprechenden Initiativen, die noch nicht sehe. Von daher würde seine Fraktion zum derzeitigen Zeitpunkt diese Steuererhöhungsintention ablehnen.

Bezüglich des Antrags der FDP habe sich seine Fraktion noch nicht abschließend verständigt.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE) meint, die Grunderwerbsteuer sei kein Instrument zur Belebung des Wohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen; sie sei ein finanzpolitisches Instrument. Insofern sei in Richtung FDP zu fragen, ob die Freien Demokraten solide Vorschläge zur Finanzierung des Landeshaushaltes hätten.

Zur Gerechtigkeitsfrage bezüglich der Grunderwerbsteuer irre Herr Schulz. Nordrhein-Westfalen habe sich zur Frage Share-Deal-Konstruktion verhalten, mindestens auf der Ebene der Enquetekommission, aber auch im Bundesrat mit einer gemeinsamen Aufstellung des Landes bei der Änderung des Jahressteuergesetzes 2013.

Ein Teil des hier beschriebenen Problems sei da gelöst worden. Insofern sei es als Land notwendig, sich noch einmal gemeinsam mit anderen Bundesländern politisch aufzustellen. Dem Land Nordrhein-Westfalen entgingen mehr als 100 Millionen € pro Jahr an Grunderwerbsteuer durch die steuerliche Konstruktion, die auf dem Immobilienmarkt von Großen vorgenommen werde. So vermeide etwa die bevorstehende Megafusion auf dem Immobilienmarkt Grunderwerbsteuer mithilfe steuerlicher Optimierungsmodelle. Das habe im Übrigen auch negative Auswirkungen auf den Immobilienmarkt.

Insofern sei es dringend notwendig, noch einmal an das Thema heranzugehen, um mindestens die möglichen 113 Millionen € für das letzte Jahr für Nordrhein-Westfalen zu erlösen. Dann würde sicherlich eine degressive Wirkung einsetzen. Dies sollte schon deswegen erfolgen, weil der Handel mit Immobilien natürlich für den Immobilienmarkt und im Ergebnis mittelbar auch für die Mieterinnen und Mieter ein Problem sei.

Das Schließen der Steuerlöcher sei also um eine Aufgabe, die man auf Bundesebene lösen müsse.

Hendrik Wüst (CDU) bezeichnet die Wortmeldung seiner Kollegin als sehr aufschlussreich, wie lustvoll sie Steuererhöhung begründe und dann noch weitere zusätzliche Einnahmen fordere. Nach den Presseveröffentlichungen der letzten Tage, lasse sich wohl auch erkennen, wer der Antreiber für die Steuererhöhungen in der Koalition sei. Herr Börschel habe sich offensichtlich entsprechend eingelassen. Insofern kennten die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie viele Argumente aus den eigenen Reihen und müssten diesen Konflikt selber auflösen.

Aber auch die schriftlich vorliegenden Stellungnahmen seien an Klarheit nicht zu überbieten. Wenn Frau Schneckenburger äußere, dass es nicht Wohnungsbaupolitik gehe, dann stimme das. Das sagten auch alle anderen. Das sei genau das Gegenteil von dem, was Herr Groschek in der Wohnungsbaupolitik ansonsten richtigerweise mache. Das werde hier konterkariert, schreibe der Bund Deutscher Baumeister. Die Architektenkammer führe aus, es stehe den wohnungsbaupolitischen Zielen diametral entgegen. Die IHK NRW verweise darauf, dass das standortschädlich sei. Von einem neuen Minus für den Wirtschaftsstandort spreche der Nordrhein-Westfälische Handwerkstag.

Vor diesem Hintergrund habe die Koalition die Ruhe zu sagen: Die FDP solle doch mal einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung machen. Aber Rot-Grün sei angetreten und habe zunächst einmal teure Wahlversprechen eingeführt, dann sich aber überhaupt nicht an Strukturreformen begeben und habe den Beamten sogar in die Taschen greifen wollen.

Rot-Grün solle doch seine eigenen Hausaufgaben machen beim Thema Sanieren, Kürzen, Streichen, was viele andere Länder auch sehr schmerzhaft angingen. Demgegenüber werde hier fröhlich weiter argumentiert, die Lücken schließen und überall den Leuten noch Geld aus den Taschen zu ziehen zu wollen.

Was Rot-Grün unternehme, sei unsozial für junge Familien und sei unsozial für Mieter, denn die Mietpreisbremse – die die Große Koalition nun mache – schließe Neubauten aus. Insofern werde die höhere Grunderwerbsteuer in Zukunft auf die Mieten umgelegt werden.

Rot-Grün rasiere also hier all jene, die in den Sonntagsreden genannt würden, und Rot-Grün schäme sich nicht einmal mehr dafür. Damit sei nun klar, wer in Nordrhein-Westfalen die Politik in diese Richtung treibe.

Dietmar Brockes (FDP) entgegnet der Kollegin Schneckenburger, auch wenn es sich nach den Worten von Frau Schneckenburger um keine wohnungspolitische Maßnahme handle, habe diese aber doch wohnungspolitische Auswirkungen, und zwar negative. Deshalb wäre es wichtig, wenn die Grünen und die Kollegen der SPD in den Fachausschüssen sowohl für Städtebau als auch hier für Wirtschaft, nicht par ordre du mufti abstimmen würden, sondern so, wie es für den Wirtschaftsbereich richtig und wichtig wäre.

Gerade sei auch angesprochen worden, was in aller Deutlichkeit in der Anhörung zum Vorschein gekommen sei, und zwar der Widerspruch, dass im Städtebau alles Mögliche bezuschusst und gefördert werde, während auf der anderen Seite gleichzeitig zusätzliche Steuern draufgepackt würden und damit das Ganze ad absurdum geführt werde. Es wäre wichtig, wenn der Wirtschaftsausschuss in der Angelegenheit heute ein deutliches Zeichen setzen würde.

Dietmar Schulz (PIRATEN) geht noch einmal auf den FDP-Antrag ein und meint, der Beschlusstext decke sich natürlich auch mit der Auffassung seiner Fraktion. Al-

lerdings sehe man die Begründung etwas anders. Es betreffe nicht nur die jungen Familien, es betreffe den gesamten Wirtschaftsraum NRWs, also auch Unternehmerinnen und Unternehmer.

Frau Schneckenburger gebe er bezüglich der für 2013 beschriebenen Situation recht. Es seien Änderungen des Gesetzes erfolgt, die einen ähnlichen Effekt bewirkt hätten. Es gebe nun andere Gestaltungsmöglichkeiten, die den vormaligen nicht nur ähnelten, sondern identisch seien.

Nach kurzer Aussprache lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN den Antrag der Fraktion der FDP ab.

Der Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

gez. Georg Fortmeier
Vorsitzender

29.12.2014/13.01.2015

170

